

Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EuroCOP)



Landesbezirk Berlin
Landesbezirksvorstand

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Annika Schulze

Kurfürstenstraße 112

10787 Berlin

Telefon 030 210004-13

Telefax 030 210004-29

Mobil 0151 11280361

schulze@gdp-berlin.de

www.gdp-berlin.de

09.10.2015

P R E S S E M I T T E I L U N G

LaGeSo-Mitarbeiter hätten beteiligt werden müssen

GdP kritisiert unprofessionelle Arbeit des Sozialsenators

Berlin. Die gerichtlich gestoppte Verlängerung der Öffnungszeiten des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) ist aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei zwar bedauerlich, aber richtig. „Es ist schon verwunderlich, dass ausgerechnet der Sozialsenator es schlicht vergessen hat, den Personalrat an einer solchen Entscheidung zu beteiligen. Wir hätten erwartet, dass Herr Czaja das Personalvertretungsgesetz kennt und auch anwendet“, sagte die GdP-Landesvorsitzende Kerstin Philipp. Die Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg habe nun weitreichende Folgen für alle mit der Flüchtlingsproblematik befassten Behörden und Organisationen und damit auch alle von der GdP vertretenen Mitglieder. „Das hätte man mit einer etwas professionelleren Arbeitsweise sicher vermeiden können“, sagte sie.

Die ohnehin schon chaotischen Zustände vor dem LaGeSo würden sich ohne zusätzliches Personal und einer Ausweitung der Öffnungszeiten nun weiter verschärfen. „Da die privaten Sicherheitskräfte vor Ort offensichtlich weder ausreichend qualifiziert noch imstande sind, die Lage unter Kontrolle zu behalten, wird die Polizei jetzt wohl noch häufiger für Sicherheit und Ruhe auf dem Gelände sorgen müssen“, prognostizierte Philipp und erinnerte nochmals an den chronischen Personalmangel. Durch das Versäumnis des Sozialsenators gerate die Polizeiführung in eine Situation, die „weder wünschenswert noch glücklich“ sei. Schließlich könne man sich die fehlenden Beamten schlecht „aus den Rippen schneiden“.

Das OVG Berlin-Brandenburg hatte die geplante Ausweitung der Öffnungszeiten des LaGeSo am gestrigen Tage gestoppt, da der Personalrat nicht in die Entscheidung mit eingebunden worden war. Geklagt hatte ein Arbeitnehmervertreter.

Der Landesbezirk Berlin der Gewerkschaft der Polizei ist die mitgliederstärkste Vertretung von Angestellten und Beamten in der Polizei, bei der Feuerwehr, im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie in den Ordnungs- und Bürgerämtern der Bezirke. Die Gewerkschaft setzt sich insbesondere gegen den Personalabbau und eine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit ein und macht sich für eine moderne Hauptstadtpolizei und -verwaltung mit zeitgemäßer Ausrüstung, einer gerechten und angemessenen Bezahlung sowie attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten stark.